



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Berlin, 7. Mai 2010

Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung

Zu TOP 23 Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und FDP eines Währungsunion-Finanzstabilisierungsgesetzes

Die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Guido Westerwelle, haben unser Land auf der internationalen und europäischen Ebene durch ihre Verzögerungstaktik isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt. Der einzige Grund war: sie wollten vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen keine Position beziehen.

Sie haben mit ihrem unverantwortlichen Verhalten in Kauf genommen, dass die internationalen Finanzmärkte zunächst gegen Griechenland und dann gegen Portugal und Spanien spekuliert haben. Dies hat dazu geführt, dass Griechenland wegen der ständig steigenden Zinsen am Kapitalmarkt keine Kredite mehr aufnehmen konnte und dass die Eurozone insgesamt in Schwierigkeiten zu geraten drohte.

Jeder Versuch der Länder der Eurozone oder der Kommission die Spekulanten durch Hilfszusagen für Griechenland zu stoppen, wurde von der Bundesregierung torpediert. Durch die gebetsmühlenhaften Behauptungen, Griechenland müsse erst einmal seine Hausaufgaben machen und ein Sparpaket vorlegen, wurden die Hilfen in Frage gestellt und die Spekulanten geradezu eingeladen weiter auf einen Staatsbankrott zu wetten.

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

BÜROANSCHRIFT JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 2.407 WILHELMSTRASSE 68 10117 BERLIN
TELEFON (030) 227-7 90 86 TELEFAX (030) 227-7 60 86 E-MAIL ELKE.FERNER@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS TALSTRASSE 58 66119 SAARBRÜCKEN
TELEFON (0681) 5 10 60 TELEFAX (0681) 5 22 07 E-MAIL ELKE.FERNER@WK.BUNDESTAG.DE



Anstatt die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die Notwendigkeit zur Hilfe aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, die billigsten Ressentiments und Vorurteile, Falsch- und Fehlmeldungen, die in einer beispiellosen Hetzkampagne einiger deutschen Medien über Wochen publiziert wurden, zu bedienen und zu verstärken.

Jeder, der es wissen wollte, hätte wissen können, dass die griechische Regierung und das griechische Parlament seit Beginn dieses Jahres bereits zahlreiche und sehr weit reichende Maßnahmen beschlossen haben - zuletzt gestern und dass weitere in Kürze beschlossen werden. Diese Maßnahmen verlangen der griechischen Bevölkerung viel ab, manchen vielleicht zuviel.

Die jetzige griechische Regierung unter Ministerpräsident Jorgos Papandreou war und ist fest entschlossen, Griechenland eine neue und bessere Perspektive zu geben. Die Maßnahmen, die für die Erreichung dieses Zieles ergriffen werden sind tiefgreifend und ohne Beispiel und es ist nicht auszuschließen, dass der politische Preis dafür hoch sein kann. Anstatt der griechischen Regierung den Rücken zu stärken, ihre Anstrengungen zu würdigen und der griechischen Bevölkerung die Zusicherung zu geben, dass die europäische Familie dem Treiben der Finanzmärkte ein Ende setzt und den Weg Griechenlands in eine neue Zukunft unterstützt, hat die Bundesregierung den guten Beziehungen zwischen Deutschland und Griechenland massiv geschadet und das Vertrauen der griechischen Bevölkerung in die europäische Idee geschwächt. Niemand weiß besser als die Griechinnen und Griechen selbst, dass Veränderungen notwendig sind, auch wenn sie hart sind. Die griechische Bevölkerung wird zuallererst die Fehler der früheren griechischen Regierungen, insbesondere die der konservativen Regierung Karamanlis aber auch die Hinhaltetaktik der Regierung Merkel teuer bezahlen müssen. Die Hinhaltetaktik der Deutschen Bundesregierung hat nicht nur dazu geführt, dass für die zuletzt ausgegebenen griechischen Staatsanleihen durch Spekulationen getriebene überhöhte Zinsen bezahlt werden müssen sondern auch dazu, dass der Hilfsmechanismus in Gang gesetzt werden musste und die daraus resultierenden Bürgschaften höher ausfallen als sie sonst hätten ausfallen müssen.

Bis vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung den Eindruck erweckt, dass es sich bei dem Hilfspaket um direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt handelt und nicht um eine Bürgschaft für Kredite, an denen die KfW und damit die deutschen SteuerzahlerInnen gut verdienen werden. Und sie hat den Eindruck erweckt, als ob nicht die griechische Regierung und das



griechische Parlament weitreichende Maßnahmen ergriffen haben sondern dass erst die Verweigerungshaltung der deutschen Regierung dazu geführt hat, dass überhaupt Maßnahmen ergriffen wurden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auch aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Sie weigert sich, die Finanzmärkte so zu regulieren, dass Spekulationen eingedämmt werden und vom Finanzsektor künftig keine Gefahren für die Realwirtschaft oder ganze Währungsräume mehr entstehen können. Es ist schwer zu ertragen, dass diejenigen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht haben auch jetzt wieder von der Krise, in die sie die Eurozone hineinmanövriert haben, von den Hilfsmaßnahmen profitieren werden, weil Deutschland keinerlei ernsthafte Anstrengungen unternimmt die Kapitalmärkte zu regulieren und den Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen.

Bei der heutigen Entscheidung geht es nicht mehr um Griechenland sondern es geht um eine Stabilisierung der gesamten Eurozone. Leider ist die schwarz-gelbe Koalition nicht willens über das konkrete Hilfspaket hinaus ihrer Verantwortung für Europa gerecht zu werden. Das ist zu wenig.

Ich unterstütze das Hilfspaket und hätte dem Gesetz auch gerne meine Zustimmung gegeben. Allerdings hat eine sehr sehr deutliche Mehrheit meiner Fraktion entschieden sich der Stimme zu enthalten. Ich respektiere diese Auffassung, sehe mich aber nicht in der Lage dieses Votum mit zu tragen. Ich werde mich deshalb nicht an der Abstimmung zum Gesetzentwurf beteiligen.

Ich wünsche der griechischen Regierung, vor allem aber dem griechischen Volk und meinen Freundinnen und Freunden in Griechenland, dass die Anstrengungen sich auszahlen werden und Griechenland eine bessere und neue Perspektive erhält.